

<https://www.jungewelt.de/2016/11-21/028.php>

Ausgabe vom 21.11.2016 / Seite 7 / Ausland

»Das hier ist Klassenkampf«

London: Gegen Privatisierungspläne im Bildungsbereich bildet sich Widerstand

Von Christian Bunke, Manchester



Privatisierung unerwünscht: Am Samstag demonstrierten in London bis zu 15.000 Personen gegen das geplante Bildungsgesetz Foto: Eddie Keogh/Reuters

Rund 15.000 Personen haben am Samstag in der Londoner Innenstadt gegen die für Montag geplante dritte Lesung eines neuen Forschungs- und Bildungsgesetzes demonstriert. In der Vorlage vorgesehen ist eine weitere Privatisierung des Bildungssektors in Großbritannien. Die Demonstration wurde von der britischen Studierendenvertretung (NUS) und der Gewerkschaft für Lehrende an Colleges und Universitäten (UCU) gemeinsam organisiert.

NUS-Präsidentin Malia Bouattia nannte das geplante Vorhaben »ein sehr gefährliches, von Ideologie getriebenes Marktexperiment im Bildungsbereich«. Studierende und Lehrende würden unter dem Gesetz leiden, warnte Bouattia.

Die Lage für Studierende im Vereinigten Königreich ist bereits heute prekär: Die Studiengebühren gehören laut der OECD zu den weltweit höchsten. Ein Studienjahr in England oder Wales kostet 9.000 Pfund (rund 10.500 Euro), nach Studienabschluss stehen die jungen Leute oft vor einem Schuldenberg von durchschnittlich 40.000 Pfund. Laut NUS-Statistiken sind 50 Prozent der Studierenden mit der Zahlung von laufenden Kosten wie etwa der Miete im Rückstand. Gleichzeitig sind die Mieten in den Studentenwohnheimen seit 2010 um 18 Prozent gestiegen.

In diese Situation platzt das nun das neue Gesetz hinein, zu dem es im Begleitmaterial für Abgeordnete des Unterhauses deutlich heißt, dass es »das akademische Bildungswesen öffnen« werde, »um den Wettbewerb zu fördern und es hochqualifizierten Anbietern zu ermöglichen, den Universitätsstatus zu erlangen«.

Im Vorfeld der Demonstration sagte der Vorsitzende der Labour-Partei Jeremy Corbyn seine Unterstützung im Kampf gegen das Bildungs- und Forschungsgesetz zu: »Wir treten für eine volle Wiederherstellung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für Studierende ein. Wir werden zusammenarbeiten, um diese Regierung zu schlagen.«

Daran haben auch die Lehrenden ein Interesse, deren Löhne seit 2009 um fast 15 Prozent gesunken sind. Prekäre Arbeitsverhältnisse haben in den letzten Jahren massiv zugenommen. 75.000 Lehrende haben befristete Verträge, 21.000 sind auf der Basis von »Zero-hours«-Verträgen angestellt und arbeiten somit auf Abruf. Zudem sollen sie für den britischen Staat ihre Studierenden ausspionieren. Das Innenministerium hat alle Lehrenden aufgefordert, bei Studierenden auf »Anzeichen von Radikalisierung« zu achten und diese den Behörden mitzuteilen. Die UCU-Gewerkschaft lehnt diese Anweisung ab.

Auf der Demonstration am Samstag ging es der UCU-Generalsekretärin Sally Hunt auch um einen anderen Menschenrechtsaspekt. In ihrer Rede forderte sie Premierministerin Theresa May auf, in Großbritannien arbeitende EU-Bürger »nicht als Bauernopfer eines politischen Spieles zu missbrauchen«. Hunt bezog sich damit auf eine Ansage der Premierministerin, den Aufenthaltsstatus für EU-Bürger in Großbritannien nach dem »Brexit«-Entscheid nicht garantieren zu können, solange es kein gegenseitiges Abkommen mit den EU-Staaten gebe. Seit Anfang des neuen Jahrtausends sind an britischen Universitäten jedoch zahlreiche Professoren und Lektoren beschäftigt, die nach dem »Brexit«-Referendum im Juni nun vor einer unsicheren Zukunft stehen.

Im Hinblick auf die wachsende Zahl rassistischer Übergriffe in Großbritannien sagte der linke Journalist Owen Jones am Samstag: »Wir haben die Faschisten schon oft besiegt, wir werden das wieder tun. Wir werden eine Gesellschaft aufbauen, die für die Mehrheit aller Menschen arbeitet.« Dem schloss sich die »Black-Lives-Matter«- und »Socialist-Alternative«-Aktivistin Darletta Scruggs an, die aus den USA als Gastrednerin angereist war: »Das hier ist Klassenkampf! Und wir können ihn gewinnen!«